



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1924

599 (27.12.1924) Morgen-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-219205](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-219205)

Neue Mannheimer Zeitung

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgegend wöchentlich 40 Pf. — Die monatl. Bezüge versprechen sich bei voll. Rendement b. wirtsch. Verhältnissen nebst den zu zahlenden Dreierbelegungen anzuerkennen. Postfachkonto Nr. 17500 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle E 8, 2. — Geschäftsbekanntmachung: 6. Schwegingerstr. 24. Mannheimer Allgemeine Zeitung Mannheim. Erscheint wöchentlich 2mal.

Mannheimer General-Anzeiger

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitiger Zeile für allgemeine Anzeigen 0,40 G. M. (Kl. 2. — G. M. für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Adressen, Briefe, Betriebsstörungen über berechnete Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen, außer d. Fernspre. ohne Gewähr. Geschäfts. Mannheim. Telefon. 1221.

Beilagen: Bilder der Woche · Sport u. Spiel · Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Musik-Zeitung · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern u. Reisen · Gesetz u. Recht

Frankreich und die Reichswehr

„Dieses Carthago muß zerstört werden“

Paris, 26. Dez. (Von unserm Pariser Vertreter.) Die beiden Weihnachtsester Tage wurden dazu benutzt, die diplomatische Lage aufzuklären. Herriot erhielt bereits heute Nachmittag von dem französischen Botschafter in London ausführliche Nachrichten über die Zustimmung Chamberlains. Der Leiter des britischen Außenamtes scheint sich in einer Unterredung mit dem Vertreter Frankreichs dahin geäußert zu haben, daß die Verständigung zwischen Frankreich, Belgien und England in der Räumungsfrage nötig sei, und mit Deutschland zu einer befriedigenden Einigung zu kommen. Es wird hier behauptet, daß die französische Regierung einen Kompromißvorschlag bereit halte, der sich auf die gleichzeitige Räumung des Ruhrgebiets und der Kölner Zone bezieht. Vorausgesetzt wird die befriedigende Erledigung der Entlohnungsfrage und zwar dadurch, daß Deutschland bis zu einem gewissen Zeitpunkt, eventuell bis Ende Mai, den Entlohnungsbestimmungen Folge leistet.

Wie gesagt, handelt es sich hier um eine unkontrollierbare Meldung. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß die Umgebung Herriots nicht die geringste Neigung zeigt, auf diese Anregungen einzugehen. Die Forderung des französischen Kabinetts ist sehr weitgehend und übertrifft ohne Zweifel um ein bedeutendes den englischen Standpunkt. Nach bisheriger Auffassung hält man die Lösung der Entlohnungsfrage bis auf weiteres ausgeschlossen. Es wird erklärt, daß die geheimen Waffenmagazine im Grunde genommen nicht so wichtig wären, wie es den Anschein habe. Ein Mitglied des Kammerausschusses hat sich mit der Kontrolle befaßt und erklärte folgendes:

„Die Waffenkunds in Deutschland sind gut genug, um in der Presse besprochen zu werden, damit die öffentliche Meinung auf die Vorgänge gelenkt wird. Hauptsache bleiben aber die Geheimorganisationen, die Reichswehr und die grüne Polizei. Die damit zusammenhängende Ausbildung sind die Gründe, kurz und gut die Vorbereitung Deutschlands zu einem Revanchekrieg.“

In diesen Worten spricht sich der Standpunkt der Kammerkommision allseitig aus. Loucheur, der momentan wieder seinen starken Einfluss geltend macht, äußert sich über den Stand der Dinge dahin, daß die Befestigung der geheimen Reichswehrorganisationen das eigentliche Ziel der französischen Politik gegenüber Deutschland sei. Es ist bekannt, daß Herriot in seiner Unterredung mit Loucheur und dem Vorsitzenden des Kammerausschusses, dem Deputierten Lantier, die feste Zusage gemacht hat, bei den Verhandlungen mit England die sogenannte Reichswehrfrage in den Vordergrund zu rücken. Auf Kompromisse läßt sich Herriot diesmal umso weniger ein, als er mit einem starken Druck des Senats rechnen muß, wo die Vertreter des früheren Nationalblock eigentlich das Heft in den Händen haben.

Was die Sozialisten in der Deputiertenkammer betrifft, so verläutet, daß Blum dem Ministerpräsidenten die Zusage machen, den Regierungsstandpunkt zu unterstützen. Das Herriot nahestehende Blatt „Information“ kennzeichnet die Auffassung der französischen Regierung folgendermaßen: „Reichswehr und Gen. ersatz sind die Verantwortlichen. Dieses deutsche Carthago muß zerstört werden.“

Daraus ergibt sich, wie zwecklos eigentlich der Artikel des Berliner „Vorwärts“ ist, in dem über eine unangenehme Entdeckung durch die Kontrollkommission gesprochen wird. Wenn das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie den Standpunkt vertritt, daß die angeblichen Waffenkunds ausschlaggebend wären für den Beschluß der französischen Regierung, so ist es sich gründlich. In Wahrheit handelt es sich um die Durchführung eines vom französischen Kriegsminister Rollet entworfenen und von Herriot genehmigten Planes, dahingehend, daß die deutsche Reichswehr und der Generalstab einer Reform an Haupt und Gliedern unterzogen werden.

Die Äußerungen Herriots gegenüber dem Vertreter der belgischen Telegraphenagentur enthalten diesbezügliche Andeutungen: Der französische Ministerpräsident sagte u. a. daß Rollet alle Möglichkeiten eines deutschen Revanchekrieges gegen Frankreich geprüft und entsprechende Maßnahmen ausgearbeitet habe, die rechtzeitig zum Ausdruck eines Konfliktes verhindern könnten. Der in Versailles tagende oberste Militärstab soll durch Vermittelung des Marschalls Foch über den Plan des General Rollet genaue Mitteilungen erhalten haben.

Einmütig und geschlossen steht die Presse hinter der französischen Regierung. Die Organe der Linkrepublikaner machen auf eine Offensiv der deutschen Sozialisten gegen die Berliner Regierung aufmerksam, während in den nationalistischen Blättern darauf hingewirkt wird, dem Publikum begreiflich zu machen, daß alle Parteien in Deutschland ohne Unterschied reaktionärschäftig seien, weshalb stärkstes Mißtrauen angebracht sei.

In der heutigen Kammerführung, in der über die industrielle Mobilisierung Frankreichs im Kriegsfalle gesprochen wurde, konnte Kriegsminister Rollet dem Deputierten Loucheur die beruhigende Botschaft erteilen, daß entgegen aller pessimistischen Voraussagen Frankreich schlagfertig und technisch gerüstet sei.

Französische Note an die Botschafterkonferenz

Das französische Ministerium des Auswärtigen wird auf den deutschen diplomatischen Schritt in Paris, London und Brüssel eine Note ausarbeiten, die der Botschafterkonferenz in ihrer Samstags-Sitzung vorgelegt werden soll. An der Vorbereitung dieser Note sind beteiligt: der Direktor der politischen Abteilung Laroche, der juristische Sachverständige im Außenministerium Promagedo und der Generalstabchef des Marschalls Foch, General Deltzer, die am Donnerstag den ganzen Tag über daran gearbeitet und deren Note später mit dem Ministerpräsidenten Herriot besprochen wurde. Einige Blätter wollen über den Inhalt dieser Note dahin unterrichten sein, daß die alliierten Regierungen darin zu verstehen geben würden, die provisorischen Berichte der Militärkontrollkommission wären durchaus nicht befriedigend. Da aber voraussichtlich die Ausarbeitung der Generalberichte dieser Kommission nicht bis zum 10. Januar fertiggestellt werden könne, so könnten auch die alliierten Regierungen ihre Ansichten über Datum und Bedingungen für die Räumung der Kölner Zone schon vorher nicht festlegen.

Der „Matin“ stellt wiederum fest, daß der Bericht der Kontrollkommission noch nicht eingegangen ist, daß man aber genügend Momente besitzt, um zu erklären, daß Deutschland bezüglich der Ausführung der militärischen Klauseln sich mit dem Versailler Vertrag nicht in Regel befindet.

Der „Lemps“ spricht davon, daß hier und da in Paris angenommen wurde, es handle sich für die Berliner Regierung nur darum, das Gesicht zu wahren, damit die Verbündeten mit der deutschen Regierung über die Verlängerung der Besetzung in Verhandlungen eintreten sollte und der Eindruck vermieden werde, als ob es sich um eine Sanktion wegen einer förmlichen Verletzung Deutschlands in der Entlohnungsfrage handle. Der „Lemps“ warnt davor, sich in solche Verhandlungen einzulassen, weil dann eine zweideutige Lage geschaffen werde, die das Deutsche Reich sofort ausnehme. Es handle sich um die allgemeine Sicherheit in Westeuropa. Eine Räumung der Kölner Zone würde dem Geiste und dem Buchstaben des Versailler Vertrages widersprechen (!), solange nicht alle Bedingungen des Versailler Vertrages getreulich befolgt worden seien.

Das Ergebnis des Ministerrat

Nach Beendigung des Ministerrats ist der Presse am Quai d'Orsay folgende Mitteilung gemacht worden:

„Ministerpräsident Herriot hat im Laufe der Sitzung seinen Kollegen von der Note Kenntnis gegeben, die er am 22. Dezember über die Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone von der englischen Regierung erhalten hat. Er hat seinen Kollegen den Inhalt eines Memorandums mitgeteilt, in dem die französische Regierung feststellt, daß die auf Deutschland erhaltenen Nachrichten schon jetzt genügen, um zu beweisen, daß es nach dem Friedensvertrag von Versailles unmöglich sei, die Räumung am 10. Januar 1925 vorzunehmen. Der Inhalt dieses Memorandums ist von den Ministern gebilligt worden. Lediglich, so habe Herriot mitgeteilt, könnten die von der I. M. K. aus dem im Reichsgebiet befindlichen Waffenlager (!) zur Beweismittel für die von der französischen Regierung vertretenen Thesen verstärkt. Die Verhandlungen der Alliierten über diese Frage würden im größten Einklang mit dem Versailler Vertrag stehen. Herriot ist übrigens am Donnerstag zum erstenmal wieder aufgefunden. Er ist jedoch noch immer gezwungen, sein krankes Bein zu schonen, das er in ausgeprägter Lage halten muß.“

Die „Times“ hebt weiter

Die deutsch-feindliche „Times“ setzt ihren Feldzug gegen Deutschland in der Frage der Kölner Zone fort. Sie wirft der deutschen Regierung u. a. vor, durch die deutsche Demarchie in London, Paris, Brüssel und Rom die um diese Jahreszeit übliche Ruhe in den Kanzleien Europas gestört zu haben.

Wenn das Blatt glaubt, Deutschland daran erinnern zu müssen, daß es sich Verpflichtungen aus dem Dawespian nicht entziehen könne, so muß darauf verwiesen werden, daß Deutschland niemals eine solche Verpflichtung bekräftigt hat, daß es aber berechtigt ist, die Alliierten darauf zu verweisen, daß dieser Dawespian auch Verpflichtungen für die Gegenseite enthält, nämlich nicht nur militärischen Sanktionspolitik zurückzuführen. Die Verlängerung der Besetzung der ersten Zone kann aber nur als eine solche Sanktion aufgefaßt werden. Sich mit den übrigen Ausführungen des Blattes zu befassen, die erneut auf den Versuch hinauslaufen, Deutschland die Schuld an der Vergrößerung des Abschlußberichts der Militärkommission zuzuschreiben, erübrigt sich nach den sehr klaren und eindeutigen Ausführungen des Reichszanzlers. (Vergl. das Mittwochsblatt.)

Bulgarien und das Genfer Protokoll

(Sofia, 26. Dez. Die Kammer erörterte heute einen Antrag dem Genfer Protokoll zuzustimmen. Außenminister Katsarow hob die Bedeutung des Protokolls hervor und betonte die Notwendigkeit einer totalen Erfüllung der Verpflichtungen. Er sagte, Bulgarien sei entschlossen, seinen Verpflichtungen nachzukommen und er hoffe, daß jeder Arbeiter ebenfalls dazu bereit sei. Der sozialistische Abgeordnete Bastasow erklärte, seine Partei stimme den Genfer Vereinbarungen zu.

Der Wahlgeldeskandal in Frankreich

Die von der französischen Kammer eingeführte Untersuchungskommission über die bei den letzten Wahlen verwandten Wahlgelder hat eine neue Sitzung abgehalten, in der der Schatzmeister der wirtschaftlichen Vereinigung gehört wurde. Er hat keine zweideutigen Angaben über die Verwendung der Gelder machen können, sondern erklärt, daß er nur der Kommission für die Kostenverteilung gewesen sei. Präzise Angaben über die Unterstreichung von Organisationen oder Personen machte der Zeuge nicht.

Vor Beginn der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall zwischen dem Abgeordneten Taillinger und dem Vorsitzenden, dem sozialistischen Abgeordneten Renaudel wegen der Papiere, die im „Quotidien“, dessen Mitarbeiter Renaudel ist, veröffentlicht wurden.“ Der Vorsitzende erklärte, daß er der Veröffentlichung fern bleibe, worauf Taillinger, wie er in der „Liberté“ perzipiert hat, die Ablehnung des Vorsitzenden erklärte.“

Zur deutschen Flaggenfrage

Von Dr. Cremer, M. d. R.

Die Wahl der Reichsflagge schwarz-rot-gold durch die Nationalversammlung ist, wie heute auch von vielen unbefangenen Anhängern der Linken zugegeben wird, ein schwerer politischer Fehler gewesen. Manche haben geglaubt, dadurch ein Kompromiß zwischen rot und schwarz-weiß-rot gützuweisen, andere den großdeutschen Gedanken zum Ausdruck bringen wollen, im gegen aber nur die Mehrheit für schwarz-rot-gold noch nicht vor allem durch den Willen zustande gekommen, den Beginn einer neuen Ära, die sich grundsätzlich von dem Reiche Bismarcks abwandte, öffentlich und ein für alle mal festzulegen. Inzwischen haben sich die Zeiten gewandelt. Breite Massen des Volkes haben sich von dem Tumult der Revolutionzeit abgewandt und ihr Inneres Gleichgewicht wiedergefunden. Weniger mit Hoch als mitummer und Schamgefühl schauen heute Willingen zu dem Bismarckischen Reich empor, in dem sie früher den Anbegriff des militärischen Kostensaates sahen. Der schwarz-weiß-rot verehrt, braucht schwarz-rot-gold deshalb nicht zu verachten und zu schmähern, denn auch diese Farben hatten in der Vergangenheit eine gute deutsche Bedeutung. Ebenso wenig aber dürfen billigerweise die Volkstheile, die heute an schwarz-rot-gold festhalten, den alten Reichsflaggen ihre Achtung verlegen, denn auch sie haben für das alte Reich gekämpft und geliebt.

Das politische Leben des Volkes erschöpft sich nicht in den Symbolen seiner Farben. Diese Farben drücken Gefühlsenergie aus. Der Zusammenbruch Deutschlands zwingt es, durch sein Gefühlswesen nicht die praktischen Fragen der nationalen Realpolitik überwinden und in den Hintergrund drängen zu lassen. Es verbleiben die gefühlsmäßige Einstellung der Deutschen zum Deutschen Reich sein mag, so gleichmäßig ist für alle die Pflicht zur praktischen Mitarbeit an seinem Wiederaufbau und so gleichmäßig ist auch der gute Wille zu dieser Mitarbeit in allen Schichten des deutschen Volkes vorhanden.

Daß der abgetane Wahlkampf durch die Vereinkindung der Reichsflaggen und ihre Herabwürdigung zu einem parteipolitischen Symbol, womit das Reichsbanner schwarz-rot-gold voran ging, in manchen Gegenden Deutschlands sein hauptsächlichstes Gepräge gefunden hat, ist der verständlichste Bestandteil der großen schwebenden Fragen durch die Wählerhäufung in hohem Maße abträglich gewesen. Unklare Vorstellungen, Erinnerungen und Hoffnungen haben den Sinn für die praktischen Aufgaben der Gegenwart unnebeln und manchen Deutschen für eine Partei genommen, deren Taten vor seinem nachkommenden Verständnis nicht bestehen können. Anstatt ihre bisherige Politik zu revidieren und ihre künftigen politischen Absichten zu erklären, haben gewisse Parteien es verstanden, die Wähler gefühlsmäßig zu gewinnen. Eine wie ungeheure Ueberheblichkeit und Ueberführung liegt z. B. in dem Wahlsloganswort: „Schwarz-weiß-rot ist deutschnational“, und eine wie gewissenlose Verzerrung in dem anderen: „Schwarz-weiß-rot ist der Krieg“. Es ist notwendig, daß die Frage der deutschen Reichsflaggen nunmehr sobald als möglich aus dem Habitus der Parteien herausgehoben und von dem deutschen Volk endgültig entschieden wird, damit unser politisches Leben in gesunderen Bahnen einleitet.

Es wäre falsch, die Flaggenfrage ruhen zu lassen, um sie nach Jahr und Tag in einem beliebigen Augenblick von der einen oder anderen Partei, die damit Geschäfte zu machen hofft, wieder aufgreifen zu lassen. Die deutsche Volkspartei, die die Notwendigkeit, nunmehr zu einer endgültigen Klärung dieser Frage zu kommen, schon im vorigen Reichstag durch die Einbringung ihres verfassungsändernden Antrages erkannt hat, hat auch im neuen Reichstag ihren Antrag wieder eingebracht. Schwarz-weiß-rot für die Farben des Reiches zu erklären. Nach der verstorbenen Agitation der Linken rechnet sie freilich nicht mit der Annahme des Antrages im Reichstag mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit, wohl aber mit der sich aus einer Ablehnung des Antrages ergebenden Möglichkeit, die Frage dem Volksentscheid zu unterbreiten. Das deutsche Volk, vor dem für und wider seit sechs Jahren erschöpfend erörtert sind, muß nunmehr läufig sein, in voller Klarheit über die Bedeutung eines Abstimmens sich über die deutschen Reichsflaggen endgültig zu entscheiden. Die im Sommer bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten gibt abendies Gelegenheit, die Gesamtheit der Wähler vor eine wichtige Entscheidung zu stellen. Wir vertrauen darauf, daß bei dieser Abstimmung nicht die Parteigehörigkeit der Wähler, sondern ihre persönliche Einstellung den Ausschlag geben wird, und daß die Entscheidung daher zu Gunsten den alten Reichsflaggen schwarz-weiß-rot ausfallen muß.

Aber auch darüber sollte sich die deutsche öffentliche Meinung klar werden, daß diese Volksabstimmung das letzte Wort über die Flaggenfrage zu sprechen hat, und daß nach dem Ergebnis der Volksabstimmung der unterliegende Teil sich (sonst dem Wortum der Mehrheit) fügen muß, damit die Flaggenfrage aufhört, ein Gegenstand des Zwistes und eine unerklärbare Ursache zum inneren Sdader in Deutschland zu bleiben. Der Antrag auf Volksentscheid lehnt den Willen der Antragsteller wie ihrer Gegner voraus, als verbindlich für alle anzuerkennen, sonst wäre er eine zweifelhafte Demonstration. Bei der hohen Bedeutung, die die Deutsche Volkspartei mit vielen anderen Männern und Frauen des deutschen Volkes der Wiederannahme der alten, ruhmreichen Farben des Bismarckischen Reiches beimißt, muß es nunmehr, wo es zur Entscheidung geht, Aufgabe aller sein, die Werbearbeit für den Erfolg mit aller Kraft einzusetzen, die letzten Unklarheiten und Gedankenlosigkeit in den Reihen der wahlberechtigten Staatsbürger zu beseitigen und alle Parteiführungen zu treffen, damit der Enderfolg unserem Streben sicher ist.

Ostpreußen an der Weichsel

Auf Grund des Artikels 97 des Vertrages von Versailles hat die Botschafterkonferenz in Paris anstelle der vorläufigen Bestimmungen über den Zugang der Bevölkerung Ostpreußens zur Weichsel nunmehr endgültige Bestimmungen erlassen, die am 1. Februar 1925 in Kraft treten sollen. Die endgültige Regelung, die das Ergebnis langjähriger mühevoller Verhandlungen ist, weist in verschiedenen Punkten eine Verbesserung gegenüber der vorläufigen Regelung auf, läßt aber immerhin eine Reihe von deutschen Wünschen zur Sicherstellung des Rechtes der Bevölkerung auf den Zugang zur Weichsel, die von deutscher Seite nachdrücklich geltend gemacht wurden, unberücksichtigt. Die deutsche Regierung hat in einer Note an die Botschafterkonferenz auf die für Deutschland in wesentlichen Punkten unbefriedigende Regelung hingewiesen und hat sich für den Fall, daß durch die praktische Durchführung der neuen Bestimmungen die Rechte der Bevölkerung noch mehr verkleinert werden sollten, Anträge auf Änderung der neuen Regelung vorbehalten.

Süddeutschland gegen die Reichsbahn

In süddeutschen Zeitungen war in den letzten Tagen mehrfach zu lesen, daß sich in einer großen, von der badiſchen Regierung ein-

Der poſitive Widerſtand legte die Rheinſchiffahrt völlig lahm und machte ſie zum ſtillen Kämpfer in vorderer Front des Vaterlandes.

Die Reichsbahn mußte ſchließlich bemerken, daß die zum größten Teil poſitiv geordnete oberſchleſiſche Kohle faſt bis in die

Deutsches Musikleben in Prag

Wie das gesamte geſellſchaftliche und kulturelle Leben, ſo iſt auch das Prager Muſikleben in zwei Lager geteilt, die voneinander durch eine ſinnliche Mauer getrennt ſind.

Das deutſche Konzertleben wird durch die philharmonischen Konzerte unter Kemlnitz beherrſcht, der die Moderne ſchönbergsche Richtung auf ſeine Fahne geſchrieben hat.

gleichmäßig behandelt werden müſſen. Das deutſchſte Beiſpiel, daß dem nicht ſo iſt, bietet die einſeitige Bevorzugung der See-

Aber die Reichsbahn zeigt wenig Luſt zu einem Entgegenkommen; ſie hat den Verkehr an ſich gerissen und will die volkwirtschaftliche Notwendigkeit einer Arbeitsleistung mit der Binnen-

So ſtehen die Dinge heute. Der Rhein und ſeine Wiſchaft und ganz Süddeuſchland, das eng mit dem Strom verbunden iſt,

Städtische Nachrichten

Das Weihnachtsfest

Iſt bezüglich des Wetters ſo verlaufen, wie vorausgeſagt wurde. Der Schnee, der zu einem richtigen Chriſtſtiefel gedieh, wie das Tiplenden zum „A“, hat ſich nicht eingeſtellt.

Vom Scherz, der leicht zum Weiſſſſim ausarten kann, zu Ernst. Die Kirchen heider Konfeſſionen waren an beiden Feiertagen ſehr beſucht, zum Teil überfüllt.

Seels find, die ſich unweit der Gemäſſheit weih und doch ſo hart an der Erde haften, all das herausgeholt, was eine andere Zuſtührung vielleicht nur ahnen laſſen kann.

Kuſer dem unter Kieſch's Leitung ſtehenden Kammermuſikverein verdient noch als vornehmſte deutſche Chorvereingung Prags der Deutſche Singverein rühmende Erwähnung.

Erwähne ich noch ein Konzert, das Jago Stravinsky perſönlich leitete und bei dem es ſoſt durch das Aufeinanderprellen der Reitungen zu einem kleinen Standaſ gekommen wäre, ſo habe ich

Kuſer einem neuen Biſerottel und neuer nur teilweise ſohbarer Opri, ſom Stravinsky's „Geſchichte eines Soldaten“ zur Auf-

Im Wahrheit iſt ſie Weides, weil beim Kuſſen die letzten Dinge des Himmels und der Erde dicht beſammen liegen.

legen laſſen. Ich erinnere mich da unwillkürlich an meine ſchleſiſche Heimat, in der noch dem erſten Froſttag die Inhaber der verſchiedenen Konzerthäuser wie auf Kommando den Schlauch in die Hand

Wir haben in den verſchiedenen Familien, mit denen wir mehr oder minder bekannt ſind, herumgehört, wie ſich das Chriſtkind ange-

Handels- und Genoſſenſchaftsregister. Vom 1. Januar 1925 ab werden gemäß einer Verfügung des Bad. Amtsgerichts, Abt. für

Der Geldverkehr der Sparkaſſe. Wie uns das ſtädt. Nachrichtenamt mitteilt, betrug bei der Mannheimer ſtädtiſchen Sparkaſſe

Veranstaltungen

Weihnachtsfeiern

Weihnachtsfeier des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. Welch jubelnde Kinderfreude am Sonntag in den Räumen der

Die Leser

ſeßen einen Akt der Aufmerkſamkeit darin, wenn ſich der Geſchäftsmann an der Wende des

Neujahrs-Wunsch

enbietet. Der Neujahrswunſch-Anzeiger erſcheint in der Silveſter-Ausgabe der Neuen Mannheimer Zeitung.

Rufen Sie bitte Nr. 7941-45 an

Kunst und Wissenschaft

hochſchulnachrichten. Der durch den Tod des Geh. Hofrats Prof. Gottlieb in Heidelberg erledierte Lehrstuhl der Pharmakologie iſt dem Profefſor an der Univerſität Utrecht (holländ.) Dr.

Literatur

Der Almanach des Verlags Greſſein iſt zu Ehren des 25. Verlagsjahres beſonders ſchön und reichhaltig angeſtaltet. Die Geſchichte des Verlagsunternehmens iſt nicht uninteressant.

Aus der Pfalz

Titelverleihungen in der Pfalz

Ludwigshafen, 26. Dez. Den bereits in der Weihnachtsausgabe veröffentlichten Titelverleihungen...

Der Verein für Kinderpflege

Der in seinem Heim in der Ellenstraße täglich über 160 Kinder wärmt und versorgt...

Der Club „Stella-Nigra“ e. V.

Hielt am letzten Samstag in den Räumen des Parkhotels sein 6. Stiftungsfest...

Die Zimmerstuhlgemeinschaft „Freischütz“ e. V.

beginnt im großen Saal ihres Vereinshauses - Wiener Restaurant, C 1, 10 - ihr Weihnachtsfest...

Männerchor Waldhof-Gartenstadt

Das Weihnachtsfest dieser Sängervereinigung erneut den freudigen und frohen Willen der Mitglieder...

Aus dem Lande

Waldshut, 24. Dez. An der Kolonie Eifen bei Koblenburg wollte eine Frau einen Strohhalm an Herde trocken...

brachte Wesen auf und der Junge kam auch herunter über die schwebende Handlung zu Hause...

Handelsnachrichten

Von der preussischen Schiffahrtsgruppe

Nachdem kürzlich der badische Schiffahrtskongress seine Geschäftsberichtsabgaben...

Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft

nennt das abgelaufene Jahr 1923 das schlimmste Jahr, das die Schiffahrt und die Expeditivbetriebe am Rhein durchzumachen hatten...

Rhein- und Seeschiffahrts-Gesellschaft

besteht sich der Verlust auf 34.292 Bl. In Bericht des Reichsamt der Wirtschaft u. a. ausgeführt...

Nachbargebiete

Heilbronn, 23. Dez. Was hier abends ein junger Mann über die „Heilbronner Höhle“ nach Redargentin ging...

Gerichtszeitung

Landgericht Mannheim

Mannheim, 26. Dez. (Sitzung der großen Strafkammer.) Vorsitzender: Landgerichtspräsident Schlimm...

Das Weihnachtsfest dieser Sängervereinigung erneut den freudigen und frohen Willen der Mitglieder...

Nach der Goldmark-Eröffnungsbilanz ergibt sich ein Reinertrag von 645.000 Bl., davon 3.150.000 Bl. für das Aktienkapital...

Bei der Mannheimer Schiffahrts- und Lagerhaus-Gesellschaft beträgt der Verlust 3715 Bl. Das erzielte Reinergebnis beträgt sich auf 630.000 Bl.

Bei dem Antiklerikal-Tempelhof hatte sich eine Frau Franziska Weisheit zu verantworten...

Von der Stiefmutter mishandelt. Vor dem Amtsgericht Tempelhof hatte sich eine Frau Franziska Weisheit zu verantworten...

fordern Sie nicht „Steinhäger“ sondern Schlichte. Includes an image of a Steinlager beer bottle.

National-Theater Mannheim.

120. Vorstellung, Miets E, Nr. 17
Samstag, den 27. Dezember 1924
B. V. H. 2328-2550 u. 3801-3875 u. 17851 bis 17870. — F. V. B. 1594-1632 u. 3187-3218

Russ. Einakter-Abend
Er ist an allem schuld
Komödie von Leo Tolstoj. — Deutsch von August Scholz.

Der Bußgang
Szene von Leonid Andrejew. — Deutsch von August Scholz.

Der Heiratsantrag
Lustspiel von Anton Tschekow. — Deutsch von August Scholz.

Neues Theater im Rosengarten
Samstag, den 27. Dezember 1924
Vorstellung Nr. 55

Violetta (La Traviata)
Oper in 4 Akten von P. M. Pavesi. Musik von Giuseppe Verdi.

Pelzwaren
Jacken, Mäntel, Wäde, Stricks, Fächer, Schalragen, Besätze sowie Herren-Pelzfutter

Garage Türk
Schulstr. 63 L'hafen Tel. 286
Einzel- u. Doppel-Boxen
Großgaragen für Lastwagen

Kastenhandwagen
mit Motorachse, als Behälterwagen für Sämereien, Düngemittel etc. geeignet.

Amtliche Bekanntmachungen
Die amtlichen Bekanntmachungen betreffend das Handels-Register und das Genossenschafts-Register

Reisenden
Domizil möglichst Mannheim. Es kommen nur Herren in Frage.

Einar Larsson
Elfy Emminger
Vermählte *8828
Obolla Mannheim, F 4, 17

Möbel
enorme Auswahl
billigste Preise 10298
A. Straus & Co., J1, 12

Todes-Anzeige.
Am 1. Weihnachtstage verschied nach kurzem Krankenlager unsere liebe unvergeßliche Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Tante und Großtante
Frau Auguste Tiedke Wwe.
geb. Noth

Verkäufe.
Haus
Röhe Moritzplatz mit freiem Part.-Räumen (Baden, Waganin) u. gärtl. Behäng. u. verfaßt. Ad. 4. Immod.-Büro Levi & Sohn

Archo-Schreibmaschine
lehr gut erhalten für 28. 200.—
Angebote unter L. D. 185 an die Geschäftsstelle

Statt besonderer Anzeigel
Unser lieber treubesorgter Vater, Schwager, Onkel und Vetter
Herr Jakob Gieser
Bäckermeister

Bücherschränke
u. Schreibtische preisw. abzugeben. Bismarckstr. 28. 25533

Offene Stellen
Gewandte repräsentable Herren
müßl. mit Herrsch. Ma. Empfang bei Industriestellen und Beschaffung von Geschäftsreisen erleichtert.

Bücherey
Ladenregal
mit 20 Schülden zu verkaufen. 25540

Gut, reelle und sichere Existenz.
Vornehme Tätigkeit, bedeutendes Einkommen.
Reinegründete Gesellschaft, welche die Produktion des gesamten deutschen Ausfuhr- sowie Vermittlungsbetriebes...

Zum sofortigen Eintritt gesucht:
Junger Mann
für Botengänge und Registratur.
Seit. Angebote unter N. P. 146 an die Gesch. d. Bl.

Tüchtig. Verteter
den leistungsfähiger bei. Mammillenswarenfabrik für die Rheinpfalz g. f. u. d. t.
der nachweisbar in den einjährigsten Geschäftsjahren gut eingeführt ist. Referenzen erbet. Angebote unter N. L. 142 an die Geschäftsst. d. Bl. 19 280

Vertreter
zum produktivsten Verkauf ihrer Wägen- und Regenmäntel. Ausführliche Angebote erbet. unter N. J. 140 an die Geschäftsstelle des Blattes. 10372

Bedeutende Mineralöl-Raffinerie
Fabrikant in renommierter Cylinder-Maschinenöl-etc.-Marken, sucht in Süddeutschland gut eingeführten, echnisch erfahrenen

perfekte Stenotypistin
mit guter Schulbildung und mögl. mit fremden Sprachenkenntnissen.
Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Referenzen unter N. H. 130 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine Schwitzkur
ermöglicht unser elektrisches Hauslichtbad
überall dort, wo elektrischer Anschluß vorhanden ist
SIEMENS & HALSKE &
Technisches Büro Mannheim

Vermietungen
Fabrikanwesen
Hafengebiet Mannheims, (Pachtterrain ca. 6500 qm) ca. 800 qm bebaut, Meisterwohnung, Büros, geräumige Lagerkeller, Verladeeinrichtung Anschlussgleis abzutreten.

Verkäufe
Prima Existenz
In süddeutscher Residenzstadt ist eine seit 20 Jahren bestehende Damenschneiderei mit erstklassiger, treuer Kundschaft unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Miet-Gesuche
Wohnungstausch.
Etagenräume
Photo
Apparate, Projection, Kino